GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG TELEFON 042-21 04 20 PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.2, Oktober 1992

An alle GBZ-Delegierten

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Aus der Pressen habt ihr sicher erfahren, dass in den letzten Wochen einiges gelaufen ist. Im Zusammenhang mit den angekündigten Massenentlassungen in der Landis & Gyr ist der GBZ aktiv geworden. Nun sind die betroffenen Verbände an der Reihe. Der SMUV und der CMV organisieren

Mittwoch, 28.Oktober 1992,
Demostration gegen den Abbau von Arbeitsplätzen
18.00 Uhr auf dem Landsgemeindeplatz Zug
ab 17.00 Uhr Besammlung
ab 06.00 Mahnwache am Eingang der Landis & Gyr, Zug

Es ist uns allen klar, dass es nicht "nur" um die Arbeitsplätze bei der Landis & Gyr geht. Es geht auch darum, dass die Gewerkschaften wieder zeigen, dass sie sich nicht alles gefallen lassen.

Von daher ist es selbstverständlich, dass alle Verbände das Möglichste tun, um diese Demonstration zu unterstützen. Die allerwichtigste Unterstützung ist natürlich die Teilnahme an dieser Demonstration auf dem Landsgemeindeplatz.

Mit kollegialen Grüssen

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Inhalt GBZ-Info Nr.2
- Pressespiegel GBZ
- Einladung zur a.o.GBZ-DV vom 12.November 1992
- SGB-Flugblatt zum EWR

C:/GBZ/GBZINFO.BR 21. Oktober 1992 / bb

Gewerkschafter befragten Regierungsräte

- 5. Okt. 1992

Apéro des Zuger Gewerkschaftsbundes in Restaurant Taube

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) hat eine neue Form gefunden, mit «seinen» Regierungsräten Hanspeter Uster und Urs Birchler, ins Gespärch zu treten: einen Apéro. Die vorabendliche Runde liess sich am vergangenen Donnerstag von den Regierungsvertretern über Fragen der Personalpolitik des Kantons und die Situation auf dem Arbeitsmarkt orientieren.

rs. Zu einem Apéro mit mehr als nur Weisswein und Salzgebäck lud auf den vergangenen Donnerstag abend der Präsident des GBZ, Bruno Bollinger, die Gewerkschafter in die «Taube». Das Ziel der Veranstaltung war, mit den beiden Regierungsräten Hanspeter Uster (SGA) und Urs Birchler (SP) ins Gespräch zu kommen. Sie sollten denen, «die sie gewählt haben», Rechenschaft darüber abgeben, was sie in der Regierung für die Anliegen der Arbeitnehmer unternommen haben.

Jedem seine Direktion

Einleitend berichteten die beiden Regierungsräte über die Personalsituation in ihrer jeweiligen Direktion – der Justiz- und Polizeidirektion und der Sanitätsdirektion.. Erörtert wurde die verbesserte Situation für das Spitalpersonal, wobei Birchler Wert auf die Feststellung legte, dass eine neue Spitalstruktur mit allenfalls nur noch zwei oder drei Spitälern kein eigentlicher Sozialabbau bedeute. «Wir haben uns bisher auf die Spitäler konzentriert», meinte Birchler, «aber es braucht anderes.»

Für Hanspeter Uster bedeutete der Rollenwechsel vom Arbeitnehmervertreter zum Arbeitgeber, wie ihn die Wahl zum Regierungsrat zur Folge hatte, einen «Schrecken». Dieser dürfte sich inzwischen gelegt haben, zumal Uster mit seinen Mitarbeitern, insbesondere auch im Polizeikorps, einen engen Kontakt gesucht hat.

Plafonierungsfragen

In der an die Orientierung der Regierungsräte anschliessenden Diskussion kam insbesondere auch Kritik der Gewerkschafter am Kantonsparlament auf. Die rigorose Stellenplafonierung wurde als ein Verhalten ausgelegt, dass zum Zeitpunkt einer Rezession nicht gerade sehr glücklich sei. Unterstützt wurden die Gewerkschafter in ihrer Kritik durch die Regierungsräte: «Das massive Sparen ist auf dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit nicht sinnvoll, insbesondere auch nicht, da eine Defizitwirtschaft im Kanton Zug kein Thema ist.»

Auch über das Scheitern an der bürgerlichen Mehrheit eines parlamentarischen Vorstosses von Toni Kleimann (Frische Brise, Steinhausen) hielten sich die Gewerkschafter auf. Der Vorstoss verlangte, dass ausgesteuerte Arbeitslose vorübergehend in der kantonalen Verwaltung beschäftigt würden. Ein vergleichbares Modell habe sich in Genf bestens bewährt, meinte ein Gewerkschafter, der sich auch gleich bereit erklärte, mit den «Bürgerlichen» einmal über diesen Punkt zu «streiten».

Gespräche frisch von der Leber weg

Letzten Donnerstag lud der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug die beiden Regierungsräte Urs Birchler und Hanspeter Uster zu Red und Antwort ins Restaurant Taube in Zug. Wie Regierungsrat Urs Birchler auf Anfrage mitteilte, sei der Anlass ein «voller Erfolg» geworden: «Vor allem gut war, einmal ohne Traktandenliste frisch von der Leber weg zu diskutieren.» Die anwesenden rund 15 Mitglieder des Gewerkschaftsbundes – alle so zwischen 30 und 55 – interessierten sich in erster Linie für Fragen zur aktuellen Arbeitslosigkeit. Wie mitgeteilt wurde, sollen ähnliche Veranstaltungen wiederholt werden. Im Bild: die Regierungsräte Hanspeter Uster und Urs Birchler sowie Gewerkschaftsbund-Kantonalpräsident Bruno Bollinger (v.l.n.r.). (Bild Pascal Schumacher)

- 3. Okt. 1992

Fragen zum EWR-/EG-Arbeitsmarkt

Der zweite Abend des Europodiums der Sozialistisch-Grünen Alternative in Zug befasste sich vor allem mit Fragen des Arbeitsmarktes. Obwohl unter den Rednern diesmal die EWR/EG-Befürworter überwogen, dominierten in der Diskussion Fragen und Unsicherheiten.

irö. Als Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes begrüsste Bruno Bollinger einige Veränderungen, die sich durch einen EWR- und vor allem einen EG-Anschluss der Schweiz ergeben könnten: mehr Mitsprache des Arbeitnehmers bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes, garantierte Konsultation der Gewerkschaften bei Massenentlassungen, Verbesserungen im sozialen Bereich, stärkere Verbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen. Dies alles erfolgt allerdings in Formen, dass für skrupellose Arbeitgeber noch oft eine Umgehung möglich bleibt, so Bollinger.
Für den Fall eines Ja am 6. Dezember erwartet er kein allgemeines Lohndumping, auch wenn gewisse günstiggestellte Berufskategorien substantielle Verluste erleiden würden.

Als gebürtiger Spanier begrüsste GBH-Zentralsekretär Mariano Pacheco natürlich die allgemeine Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb des EG-Raums. Die Leute aus dem EG-/EWR-Raum (ungefähr 70 Prozent aller in der Schweiz lebenden Ausländer) würden arbeitsrechtlich und sozialpolitisch sukzessive bessergestellt, wobei Pacheco gleichzeitig mehrmals bedauerte, dass vom übrigen Drittel vor allem die Staatsangehörigen der jugoslawischen Nachfolgerepubliken benachteiligt würden.

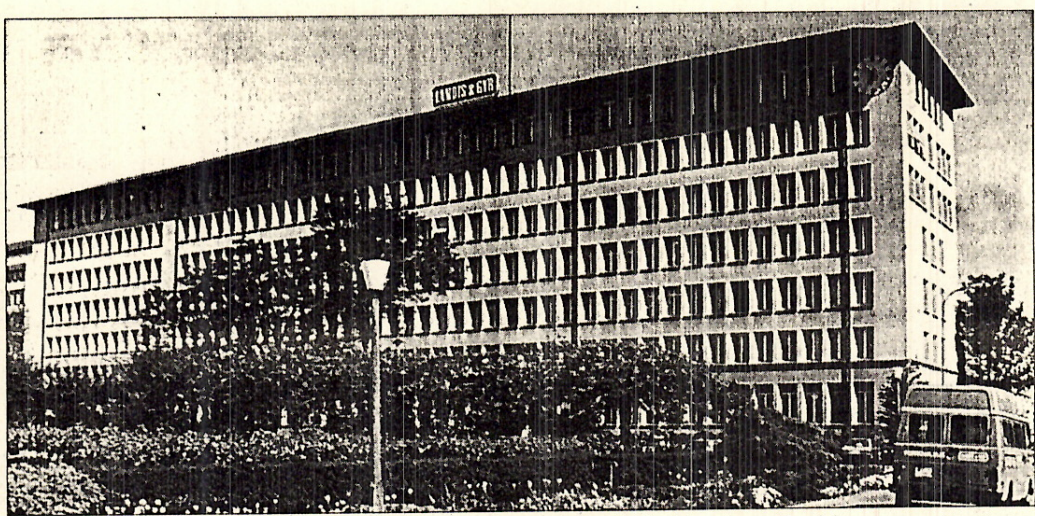
Er betonte die Gefahr einer Abschottung der EG gegen die dritte Welt, zeigte sich aber optimistisch, dass die Schweiz innerhalb der EG viel bewirken könne, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Das Fernziel wäre eine humanere Gesellschaft auf der ganzen Welt.

Therese Wüthrich von der Frauengewerkschaft Schweiz (FGS) kritisierte die traditionellen Gewerkschaften, welche nach ihrer Ansicht in ihrer Arbeit von einer überholten Rollenteilung ausgehen. Die Arbeit der Mutter und Hausfrau müsste auch im Bereich Entlöhnung und Altersvorsorge gleichwertig neben der Lohnarbeit der Männer stehen. Sie warnte davor, wirtschaftliche Prosperität vorschnell mit allgemeinem Wohlbefinden gleichzusetzen. Neben den ökologischen Bedenken sei vor allem auch die Frage nach der gerechten Verteilung immer wieder kritisch zu stellen. Ausgehend von einer im EG-Raum steigenden Frauenarbeitslosigkeit befürchtete Therese Wüthrich, dass der verstärkte wirtschaftliche Konkurrenzdruck bei einem allfälligen Beitritt die Stellung der Frau schwächen würde.

Die Diskussion zeigte Unsicherheit in bezug auf die zu erwartende Einwanderung bei allgemeiner Freizügigkeit. Während das allgemeine wirtschaftliche Aufholen Südeuropas diesen Druck eher schwächen dürfte, bestanden grössere Befürchtungen für den Fall einer unregelmässig verteilten Arbeitslosigkeit.

Zwei weitere Veranstaltungen des Europodiums folgen noch am Montag, 5. Oktober (Umweltprobleme) sowie am Dienstag, 6. Oktober (Beziehungen zur 3. Welt).

- 5. Okt. 1992 7N



«Es wird in Zug einen weiteren Stellenabbau geben»: Willy Kissling, Firmensanierer beim traditionsreichen Elektrokonzern, will am markanten Firmensitz in Zug (links) mit dem eisernen Besen kehren Fotos: Keystone

Weltwoche, 8. Oktober 1992

Und wieder gehen bei Landis & Gyr viele Lichter aus

Zu viel Personal, zu wenig Aufträge: Der Elektrokonzern des Stephan Schmidheiny baut im Stammhaus 500 Stellen ab

VON [illegible]AN BARMETTLER

Zu Weihnachten schenkte er sich selber eine Firma. Das Präsent hiess Landis & Gyr (LG), Käufer wie Empfänger war Stephan Schmidheiny. Der Ostschweizer Grossindustrielle durfte sich freuen, als er im Dezember 1987 die traditionsreiche Zuger LG ins Familienimperium eingliederte. Zu seinem Eternitkonzern, zur grössten Kioskkette der Schweiz (Schmidt Agence), zur Metallhandelsfirma mit 300 Millionen Umsatz, zur Privatbank und zu diversen Beteiligungen im In- und Ausland gesellte er also noch den grössten Arbeitgeber des Kantons Zug.

Abbau – Aufbau

Der Zuger Elektrokonzern Landis & Gyr, mehrheitlich Stephan Schmidheiny zugehörig, steckt im Umbruch. In zwei Wochen will Konzernchef Willy Kissling ein Notprogramm zur Sanierung des defizitären Teilbereichs Stromzähler präsentieren. Mit einschneidenden Konsequenzen für den Standort Zug: Binnen drei Jahren sollen rund 500 der 1600 Stellen abgebaut und ein Teil der Produktion ins billige[illegible]sland verlagert werden.

Kaum hatte sich Schmidheinys Freude über den attraktiven Zukauf zum Freundschaftspreis von 150 Millionen Franken gelegt, schickte er seinen altgedienten Intimus und Wohnnachbar Willy Kissling (48) nach Zug. Im markanten Bürotrakt beim Bahnhof sass damals noch Dieter Syz, heute Präsident der PTT-Generaldirektion; der hatte subito sein Chefbüro zu räumen, und fortan waltete Kissling mit straffem Regime in Zug.

Der neue LG-Chef, an der Harvard Business School gestählter Betriebswirt, ist ein Manager jener Art, die gestern Suppen verkaufte, heute Gips und morgen Lebensversicherungen unter die Kundschaft bringt. Schmidheinys Mann für alle Fälle also tat in Zug, was ihm aufgetragen: Er zerlegte den Konzern in seine Einzelteile, versah jedes davon mit einem englischen Namen («Center of Excellence» etc.) und stiess Fabriken samt Personal an den Meistbietenden ab. Obendrein stellte er neue Mitarbeiter ein, andere baute er ab – letzteres im grossen Stil. Dem Radikalprogramm verpasste er den Namen «Unternehmenskonzept 2000».

Alsbald ortete der forsche Sanierer Silberstreifen am Horizont. Zuerst prophezeite er, in 24 Monaten werde Landis & Gyr wieder «weltmeisterschaftsfähig» sein. 1990 kürte er flugs zum «Jahr der Trendwende». Auch ein Jahr später geizte man in Zug nicht mit schönen Metaphern: Das Krisenjahr 1991, das der LG ein geschrumpftes Betriebsergebnis bescherte, sollte als «Jahr der heimlichen Erntevorbereitung» in die Firmengeschichte eingehen. Die jüngste Botschaft Kisslings, datierend vom Montag nachmittag dieser Woche, tönt etwas bescheidener: «Ich halte nicht viel davon, Zukunftswünsche als Realitäten darzustellen.»

Womit die von Kissling prophezeite Metamorphose vom leicht verstaubten Zuger Stromzählerfabrikanten zum modernen Systemhaus, das ganze Dienstleistungen mit Software anbietet, volle sechs Jahre in Beschlag nimmt. Diese Zeitspanne muss Kissling überrascht haben. Denn ins Repertoire seiner gesammelten Bonmots gehört: «Speed is the name of the game». Dass alles dennoch nicht derart rasch ging, hat auch damit zu tun, dass im Elektrokonzern nicht bloss Automaten funktionieren, sondern halt noch 18 000 Menschen wirken.

Jene 4500 in Zug sind zwischenzeitlich beträchtlich verunsichert. Ein Angestellter: «Es ging alles viel länger und viel einschneidender, als wir geglaubt haben.»

Nicht gerade zum Wohlbefinden hat beigetragen, dass sich seit 1989 am Zuger Hauptsitz an der Gubelstrasse smarte Unternehmensberater die Klinke in die Hand reichen. Mal waren es jene von Hayek Engineering, dann kam McKinsey, hinterher war die Bosten Consulting Group an der Reihe, schliesslich folgte Zintzmeyer & Lux. Bislang hat Kissling zwei der drei Konzernsäulen (Building Control, Communications) wieder halbwegs ins Lot gerückt. Wie viele Arbeitsplätze allerdings dabei verlorengingen, weiss heute nicht einmal mehr die Gewerkschaft. Zur Klärung hat freilich auch die Konzernführung mit ihren karg dosierten Informationshäppchen nicht im Übermass beigetragen.

Das dritte Säulenwerk in Kisslings Architektur, das gestern Elektrizitätszähler hiess und heute Energy Management heisst, zerbröselt am Konzernsitz Zug zusehends. Aufmerksame Kaderleute hatten längst konstatiert, dass da Arges dräute. Plötzlich sassen nämlich die Kostenminimierer von AT Kearney auch bei ihren Sitzungen mit in den ersten Reihen. Worauf die Briten bei ihrer Spurensuche stiessen, muss verheerend gewesen sein: Bei sinkender Nachfrage waren die Kosten nach oben geschossen. Tiefrote Zahlen fürs Geschäftsjahr 1991/92 sind die Quittung – im LG-Kader hält sich hartnäckig die Zahl von minus 22 Millionen Franken.

Höchste Zeit für Kissling, zu einem neuerlichen Kraftakt anzusetzen. In zwei Wochen will er vor seine Mitarbeiter treten und den scheinbar unausweichlichen massiven Abbau von 500 Stellen dekretieren. Nicht nur Schlosser oder Stanzer sind davon betroffen – deren Stellen hat man zum Teil schon früher abgebaut –, sondern auch Angestellte und Kaderleute. Mit bedrohlichen Folgen fürs Unternehmen, denn der Virus Unsicherheit, der in den Montagehallen grassiert, hat bereits Teile des mittleren Kaders erfasst. Konzernchef Willy Kissling selber mochte sich zu diesen «Weltwoche»-Recherchen nicht äussern. Nur soviel war ihm in seinem Direktionszimmer zu entlocken: «Es wird in Zug einen weiteren Stellenabbau geben.» Und: «Das letzte Kapitel der Neuausrichtung wird im Energy Management geschrieben.»

Dann zückt er eine Klarsichtfolie aus einem seiner diversen Ordner und deutet auf grosse schwarze Punkte im Organigramm. Zehn sind es heute, bald werden es bloss noch deren vier oder fünf sein. Und jeder der Punkte steht für eine LG-Fabrik, für Arbeitsplätze. Die Botschaft von Sanierer Kissling ist unzweideutig: Die Stromzähler, die in jedem Schweizer Haushalt hängen, werden künftig nicht mehr in ganz Europa zusammengeschraubt, sondern in wenigen ausgewählten Billiglohnländern. Die Arbeit, die heute zum Teil noch in Zug erledigt wird, soll vorab nach Griechenland verlagert werden. Dieser schmerzhafte Schritt mag Branchenkenner kaum überraschen, denn bei weltweiten Überkapazitäten, Preisstürzen und riesigen Entwicklungskosten überlebt bloss, wer radikal rationalisiert. Ob da das Zuger Traditionshaus Landis & Gyr mit bescheidenen 2,7 Milliarden Umsatz gegen Giganten wie Siemens oder Schlumberger mithalten kann? Kissling glaubt fest daran.

Gleichwohl muss ihm der Personalabbau im Stammhaus um mehr als einen Zehnte ganz besonders peinlich sein. Ausgerechne jener Strategie, der die beiden betroffene Abteilungen (mechanische, elektronisch Zähler) vor Jahren separierte, hat dies zwecks Kostensenkung wieder zusammen zukitten. In einem weiteren Punkt hat sic der Schmidheiny-Manager gründlich ver tan. Seit seinem Einstieg bei Landis & Gy hatte er in schierem Glauben an die Mikro elektronik die elektronischen Stromzähle forciert. Getreu seiner sportlichen Devis «Gold, silver, bronze or out», glaubte Kiss ling, mit einem Zwischenspurt die ausländ sche Konkurrenz technologisch einholen z können. Bei dieser Jagd nach Preisen ist e von der Rezession überrascht worden. S produziert die LG tolle Zähler der höchste Güte. Allein: Sie sind den potentiellen Kun den viel zu teuer. So ist heute, entgege Kisslings Prognosen, nicht High-Tech au Zug gefragt, sondern der mechanisch Stromzähler, in dem wie ehedem lautlos da Zahnrad schwingt.

All diese Wendungen der Märkte sche nen den sonst so zielstrebigen Willy Kis ling beträchtlich verunsichert zu haben. M Blick auf den «Challenge» beim kränkeln den Energy Management meint er: «Gebe Sie mir noch zwei Jahre.» Und als müsste die Richtigkeit seiner Pläne ein weiter Mal schriftlich unter Beweis stellen, ski ziert er auf dem Papierblock Absatzkurve die er auf der Zeitachse ganz flexibel hi und herschiebt.

Flexibilität hat das Management au bei der Ökologie bewiesen: Letzte Woc hat sich die Konzernleitung nämlich er schlossen, ein breit abgestütztes System z Parkplatzbewirtschaftung bis auf weiter zu schubladisieren. Dieses hätte die Aut pendler mit fünf Franken belastet, die Vel und Busfahrer dagegen belohnt. Die Abs ge der Konzernleitung, die sich sonst gern in Schmidheinys Ökoprogramm sonnt, h viele überrascht. Wollte man in Vorahnu der bitteren Abbaupille mit dem Fünffrän ler nicht auch noch die LG-Autopendl vergraulen?

Dem Bankverein zum Trotz: Tiefe Hypozinsen bleiben ein Wunschtraum

Diese wollen nicht, jene können nicht

Kein Zinssatz bewegt die Gemüter hierzulande derart wie der Hypothekarzins. Und kein Zinssatz lässt die hiesigen Bankenvertreter derart lavieren wie der Hypothekarzins. Immerhin: Zum ersten Mal seit Anfang 1989 hat am Dienstag eine Grossbank den Hyposatz gesenkt – wenigstens jenen für Neuhypotheken. Doch mehr als Kosmetik ist die Korrektur nicht, denn den Banken mangelt es am Willen wie am Mut, die Hypozinsen dauerhaft tief zu halten.

So defensiv sich die Finanzinstitute in der Sache zeigen, so eloquent rechtfertigen die honorigen Bankenvertreter ihre Haltung: Es sei höchst ungewiss, ob die Zinsentspannung der letzten Wochen anhalte; ebenso labil sei die Frankenstärke – die ohnehin mehr der Schwäche der ausländischen Währungen zu verdanken sei als den binnenwirtschaftlichen Leistungen; im weiteren sei das Hypothekargeschäft schon heute kein Geschäft mehr (SBG-Chef Robert Studer spricht gar von einer Subventionierung durch andere Sparten).

Doch dies ist nur die eine Hälfte der «Wahrheit». Die andere unterschlagen die Bankiers geflissentlich. Etwa den Umstand, dass die drei Grossbanken auch 1992 Rekordgewinne anstreben (und ihnen eine Studie der Bank Bär für 1993 ein durchschnittliches Gewinnwachstum von 30 Prozent prognostiziert). Oder die Tatsache, dass die Zahl der Hypothekarkredite, die gefährdet sind, nach wie vor wächst. Oder dass die Zwangsversteigerungen im nächsten Jahr, da bei vielen Schuldnern die gesetzlichen «Schonfristen» ablaufen, sprunghaft zunehmen werden. Vor allem aber: dass die Grossbanken mehr denn je in einem Interessenkonflikt zwischen binnenwirtschaftlicher Konjunkturbelebung und internationaler Kapitalmarktfähigkeit stekken.

Am deutlichsten offenbart sich dieser Konflikt bei den Bankgesellen: Wenn Robert Studer offiziell verlautbart, sein Institut strebe eine Verdoppelung der Eigenkapitalrendite an (um international eben kapitalmarktfähig zu bleiben), bedeutet dies nichts weniger, als sich im risikoreichen und wenig rentablen Hypogeschäft soweit wie möglich zurückzuhalten. Das Motiv liegt auf der Hand: Die Bankgesellschaft möchte unter allen Umständen verhindern, was Kreditanstalt und Bankverein passiert ist, nämlich den Verlust des Triple-A-Ratings bei Moody's. Da mutieren die Hoffnungen der (Bau-)Wirtschaft, die Banken könnten mit einer Senkung der Hyposätze der darbenden helvetischen Konjunktur auf die Beine helfen, in Null Komma nichts zu Wunschträumen.

Dass die Grossbanken der Schweiz zusehends die kalte Schulter zeigen, mag kaum mehr überraschen. Schliesslich wird sich der Gewinnbeitrag, der im Ausland anfällt, bei allen drei Instituten innert kürzester Zeit auf 50 und mehr Prozent verdoppeln. Die Kapazitäten in London, New York und Tokio sind aufgebaut, das erste Lehrgeld ist gezahlt, jetzt geht es ans Ernten. Deshalb darf auch füglich bezweifelt werden, dass ein massgeblicher Teil des Geschäfts, das die Stempelsteuer ins Ausland verdrängt hat, wieder in die Schweiz zurückfliesst.

Damit müsste eigentlich die Stunde der Kantonalbanken schlagen, die von Gesetzes wegen angehalten sind, günstige Hypothekarkredite bereitzustellen. Nur: Das übereifrige Gebaren vieler Staatsinstitute in den boomenden achtziger Jahren hat den Spielraum für Zinssenkungen gegen Null schrumpfen lassen. Durch Problemkredite in Milliardenhöhe belastet, ist die Eigenmitteldecke einiger Institute derart brüchig geworden, dass die Steuerzahler – über die Erhöhung des Dotationskapitals – erst zur Kasse gebeten werden müssen, bevor sie Aussicht auf Zinsgeschenke erhalten.

Die Situation ist wahrlich vertrackt: Die Grossbanken wollen nicht, die Kantonalbanken können nicht. Keinen Ausweg bietet das Modell der Neuen Aargauer Bank, der grössten Regionalbank des Landes, die vor zwei Monaten als erstes Institut die unselige, weil asoziale Spaltung des Hyposatzes aufgehoben hat, indem sie die neuen Hypotheken verbilligte und die alten verteuerte. Denn eine weitere Erhöhung der Altsätze schaffte derart viele neue Problemfälle, dass manche Bank flugs zum Sanierungsfall würde.

Deshalb wird sich in den nächsten Jahren am Status quo kaum Wesentliches ändern. Es sei denn, Bankiers wie Politiker erinnerten sich plötzlich an ihre soziale Verantwortung und würden die Rahmenbedingungen für einen Hypothekarmarkt nach angelsächsischem Vorbild schaffen. Hoffen darf man allemal, schliesslich sind Hoffnungen nicht zinspflichtig.

Urs Zanoni

Rauchzeichen über Zugs grösstem Arbeitsgeber

Landis & Gyr baut erneut rund 500 Stellen ab

9 N - 9. Okt. 1992

Die Landis & Gyr kommt nicht zur Ruhe. Obwohl Konzernleiter Willy Kissling bereits im Sommer einen weiteren Stellenabbau angekündigt hatte, wirbelte die konkrete Zahl von 500 Stellen (siehe ZN von gestern) in Zug einigen Staub auf.

ba. Vor drei Jahren hat der Elektro-Apparatekonzern eine umfassende Umstrukturierung der Gruppe eingeleitet. Den Abbau von 500 Stellen in Zug will die Konzernspitze bis zur Woche 43 weder bestätigen noch dementieren. «Das Letzte ist noch nicht ausgestanden», lautet der Tenor in der Kolinstadt. Einerseits wird vermutet, dass die Zahl weit über 500 liegen könnte. Andererseits erwartet man, dass die Produktion über kurz oder lang von Zug ausgelagert wird. Man spricht sogar davon, dass die Landis & Gyr längerfristig der Brown Boveri & Co. (BBC) angeschlossen werden könnte. An der BBC hält L & G-Besitzer Stephan Schmidheiny ein substantielles Aktienpaket.

Für Bruno Bollinger vom Zuger Gewerkschaftsbund kommt der weitere Stellenabbau nicht überraschend. «Die Zahl von weiteren 500 Stellen löst einfach wieder Betroffenheit aus. Langsam muss ich mich fragen, ob die Konzernleitung das ganze noch im Griff hat. Immer wieder heisst es, man wolle durch den Stellenabbau die restlichen Arbeitsplätze sichern. Dann gibt es wieder einen Abbau. Und wir als Gewerkschaft müssen ohnmächtig zusehen.»

Keine Reaktion der Börse

Weniger beeindruckt zeigte sich gestern die Börse. Die Namenaktie notierte unverändert bei 344 Franken (Ankauf) auf 350 Franken (Verkauf). Allerdings warnt die die renommierte Zürcher Anlagebank J. Vontobel & Co. zurzeit vor einem Engagement in «Stephan Schmidheiny-Aktien». Bei Merkur, Globus und auch Landis & Gyr habe Schmidheiny alleine oder mit andern die Mehrheit. Dadurch seien nur spärliche Informationen erhältlich. Zudem verhalte sich Stephan Schmidheiny auch nicht aktionärsfreundlich.

Nicht dementiert wird von der Landis & Gyr die Meldung, dass die Parkplatzbewirtschaftung bis auf weiteres schubladisiert wird. «Dies hat aber weder mit dem für diesen Herbst angekündigten Stellenabbau noch mit anderen Massnahmen einen Zusammenhang», sagt Juan Gut, L & G-Generalsekretär. Die eigentlich geplante Konzentration beim Stammareal hätte zu einem Engpass bei den rund 1000 gratis zur Verfügung stehenden Parkplätzen geführt. «Wirtschaftliche Probleme haben diesen erwarteten Engpass im Moment entschärft», sagt Gut. Die Gebühr (fünf Franken) und eine Änderung bei der Wegentschädigung sei jedoch noch nicht vom Tisch. Man sei mit den Arbeitnehmer-Vertretern in Verhandlung, strebe aber eine Gesamtlösung an.

Mehr dazu auf **SEITE 3**

MASSENENTLASSUNGEN IN DER LANDIS & GYR, ZUG

Der **Gewerkschaftsbund vom Kanton Zug (GBZ)**

lädt alle Betroffenen

zu einer **AUSSPRACHE** ein.

Donnerstag, 15.Oktober 1992, um 20.00 Uhr,

im Restaurant Bären, Zug

Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ),
Neugasse 7, 6300 Zug
Der Präsident: Bruno Bollinger

****

LICENZIAMENTI DI MASSA ALLA LANDIS & GYR

L'**Unione Sindacale di Zugo**

organizza un'

ASSEMBLEA PUBBLICA

Giovedì, 15 ottobre 1992, alle ore 20.00

al Restaurant Bären di Zugo

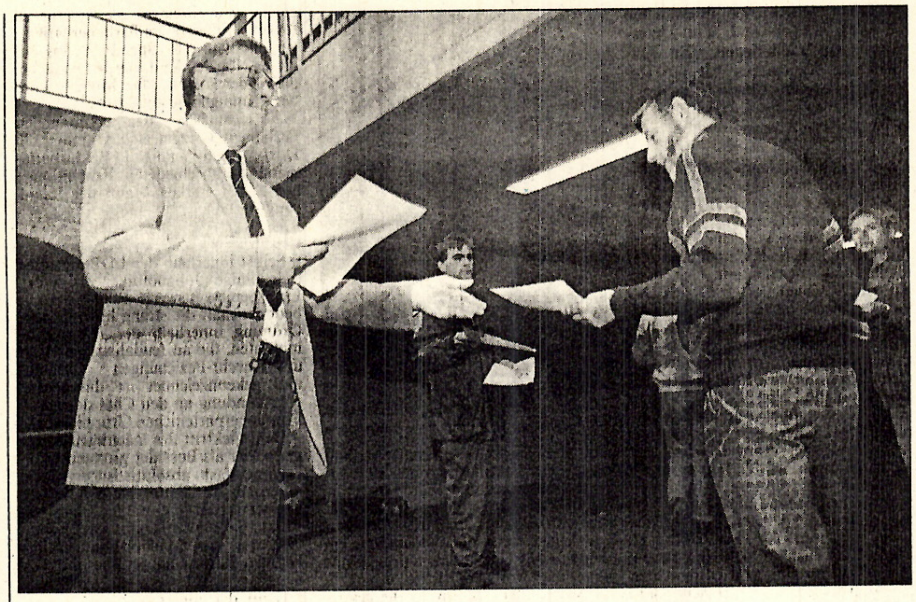
Unione Sindacale di Zugo,
Neugasse 7, 6300 Zugo
Il presidente: Bruno Bollinger

15. Okt. 1992

2 aN

HEUTE

▶ **LG-Diskussion:** Heute abend um 20 Uhr findet im Restaurant Bären in Zug eine Aussprache der Betroffenen des Personalabbaus der Landis & Gyr statt. Veranstalter ist der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug.



Solidarität mit den Betroffenen

Zug – ZZ. Dieser Tage rechnet man im Kanton Zug mit der Bekanntmachung, dass bei der Landis & Gyr Stellen abgebaut werden. Gerechnet wird mit bis zu 500 Entlassungen. Alarmzeichen für die Betroffenen und Grund für die Gewerkschaften, sich zu engagieren. Gestern vormittag verteilten prominente Gewerkschafter zu Arbeitsbeginn bei L & G Flugblätter mit der Einladung zu einer «Aussprache». Regierungsrat Hanspeter Uster, Stadtrat Othmar Romer, Kantonsrätin Sybilla Schmid sowie der Zuger Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger bekundeten mit ihrer Teilnahme ihre Solidarität mit den Betroffenen. Gleichzeitig hoffen sie, dass bei den Verantwortlichen von L & G Härten vermieden und – allenfalls – ein Sozialplan ausgearbeitet wird. Ebenso soll mit der Aktion demonstriert werden, dass man sich für die Betroffenen einsetzen will, «dass man sie nicht vergessen hat», wie es Hanspeter Uster formulierte. Bild Patrik Pauli

Seite 9

77 15. Okt. 1992

NACHRICHTEN

GEWERKSCHAFTER ZUR L & G-POLITIK

Zu einer Aussprache über die «Massenentlassungen in der Landis & Gyr» in Zug lädt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug alle Betroffenen auf morgen Donnerstag, 15. Oktober, 20 Uhr, ins Restaurant Bären in Zug ein. Zugesagt haben bisher Regierungsrat Hanspeter Uster, Stadtrat Othmar Romer, Kantonsrätin Sybilla Schmid, wie Bruno Bollinger gestern mitteilte.

14. Okt. 1992

aN

Zuger Zeitung

Aussprache mit den Gewerkschaften

Besorgnis um die Arbeitsplätze bei Landis & Gyr 15. Okt. 1992 77

Zu den befürchteten «Massenentlassungen» in der Landis & Gyr AG lädt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug zu einer Aussprache mit den Betroffenen ein. Gestern morgen, zu Arbeitsbeginn, verteilten prominente Politiker von SP und SGA Flugblätter mit der Einladung zu dieser Aussprache, die heute abend (20 Uhr) in Zug stattfindet.

thi. Bei der Unterführung beim Bahnhof, die zur Landis & Gyr führt, standen eine Politikerin und drei Politiker bereit, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Landis & Gyr ein rosa Flugblatt in die Hand zu drücken. Zu den Frühaufstehern der Beschäftigten der Zuger Firma gesellten sich Regierungsrat Hanspeter Uster, Stadtrat Othmar Romer, der Zuger Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger und Kantonsrätin Sybilla Schmid.

Die zur Arbeit strömenden L&G-Mitarbeiter nahmen – mit wenigen Ausnahmen – das auf deutsch und italienisch verfasste Blatt entgegen, einen kurzen Blick auf den Inhalt werfend. Mit dem Flugblatt lädt der Zuger Gewerkschaftsbund «alle Betroffenen zu einer Aussprache ein». Diese findet heute Donnerstag, 15. Oktober, um 20 Uhr im Restaurant Bären in Zug statt.

Mit der prominenten Besetzung der Flugblattverteiler wollen die Zuger Gewerkschaften demonstrieren, dass ihnen der Arbeitsplatz Zug im allgemeinen, und die Arbeitsplätze bei der Landis & Gyr im besonderen am Herzen liegt. Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger hofft, durch das Engagement der Gewerkschaften unliebsame Härten zu vermeiden und allenfalls einen befriedigenden Sozialplan realisieren zu können. Regierungsrat Hanspeter Uster zeigte sich unbefriedigt über die zurückhaltende Informationspolitik des traditionsreichen Zuger Unternehmens.

Prominente Politiker von SGA und SP verteilten an die LG-Mitarbeiterinnen und -mitarbeiter Flugblätter mit einer Einladung. Bild «Zuger Zeitung»

Solidarität mit den Betroffenen

thi. Für Regierungsrat Hanspeter Uster ist es besonders wichtig, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu zeigen, dass man sie nicht vergessen hat. Auch wenn man vermutlich wenig machen könne, so sei es wichtig, Präsenz zu zeigen, den Betroffenen beizustehen.

«Die Informationspolitik der Landis & Gyr war bisher sehr zurückhaltend», meint der SGA-Regierungsrat. An der regelmässigen Zusammenkunft der Zuger Regierung mit der Leitung von L&G habe der Konzernchef zwar etwas angedeutet, was man heute als Vorankündigung von Entlassungen deuten könne. Mehr sei aber nicht gesagt worden.

Für Uster geht es darum, den Betroffenen den Rücken zu stärken, ihnen zu demonstrieren, dass es in der Politik Menschen gibt, die ihre Anliegen nicht vergessen hätten, die bereit sind, mehr als nur Lippenbekenntnisse abzulegen. Für die Betroffenen sei es wichtig zu sehen, dass gewählte Politiker sich um die Belange der Arbeitnehmer kümmerten.

«Ich war allerdings nicht als Regierungsrat dort, sondern als Gewerkschafter», hält Uster weiter fest. Es sei an sich nichts Ungewöhnliches, dass er an einer solchen Aktion teilnehme: «Schon früher habe ich Flugblätter verteilt». Ihn persönlich mache die Ungewissheit bei L&G «betroffen», und Uster weiss, dass auch ein grosser Teil der Bevölkerung unsicher und betroffen ist. Von seiner Anwesenheit am frühen Mittwoch morgen erhofft sich Uster eine Wirkung für die Betroffenen, eine «psychologische Rückenstärkung».

KANTON ZUG

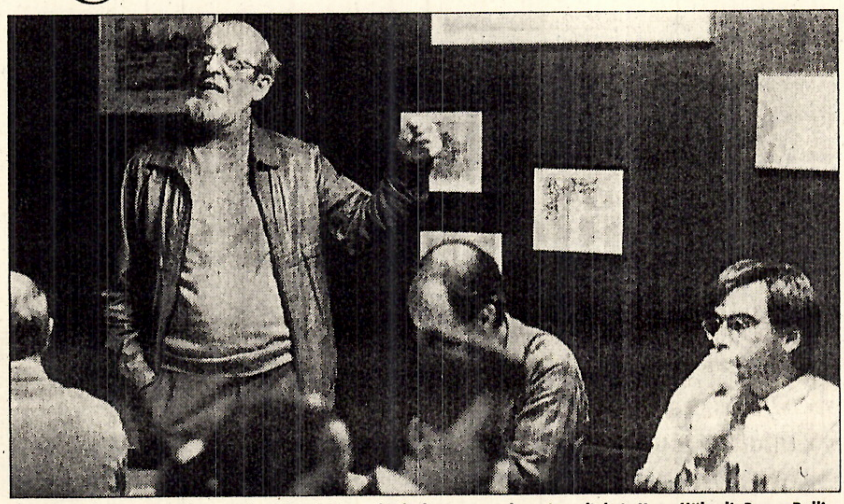
«Jetzt ist es an der Zeit, dass Regierung und Kanton einen Impuls geben, auch wenn das etwas kostet.»

■ *Justiz- und Polizeidirektor Hanspeter Uster*

Über 100 L & G-Betroffene versammelten sich gestern im Restaurant Bären

«Lasst die verwurzelten Zuger Bäume stehen!»

Die Gewerkschaften dr[illegible]en bei L & G-Massenentlassungen mit Demonstrationen.



Kämpferische Töne an der gestrigen L & G-Gewerkschaftsversammlung (von links): Hans Häberli, Bruno Bollinger und Hanspeter Uster. ■ *Bild Andy Grosz*

Die Situation ist eigentlich pervers: Da setzt sich Stephan Schmidheiny, Besitzer der Landis & Gyr und reichster Schweizer Unternehmer, im fernen Südamerika gegen das Abholzen des tropischen Regenwaldes ein. Was mit den «verwurzelten Menschenbäumen» (Zitat von Regierungsrat Hanspeter Uster) im nahen Kanton Zug geht, interessiert ihn aber nicht. Schmidheiny ist trotz ökologischen Gedanken der Gewinn wichtiger als die Menschen.

Gegen dieses Denken wird in Zug [illegible] Opposition gemacht. «Kom[illegible] es zum angedrohten Abbau von 500 Arbeitsstellen, so planen wir eine Demonstration», sagte gestern abend Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger. Er wurde im gerammelt vollen Bärensaal aus über 100 Kehlen lauthals unterstützt. Ziel der Versammlung und der weiteren Aktivitäten ist es, Entlassungen zu verhindern. Bollinger: «Die L & G-Spitze soll die geplanten Massnahmen nochmals überdenken.» Zusicherungen erhielt Bollinger von den anwesenden Regierungsräten Urs Birchler (SP) und Hanspeter Uster (SGA) sowie von weiteren Kantons- und Gemeinderäten.

Neben einer möglichen Demo plant die Opposition weitere Massnahmen. Zurzeit werden bei prominenten Zugerinnen und Zugern Unterschriften für einen offenen Brief an Stephan Schmidheiny gesammelt. Schmidheiny soll sich nicht nur für Ökologie, sondern auch für soziale Fragen einsetzen. Die beiden erwähnten Regierungsräte wollen sich dafür einsetzen, dass der Gesamtregierungsrat noch vor der am 23. Oktober anberaumten Pressekonferenz bei der L & G-Spitze interveniert. «Die Gewinne der Landis & Gyr blieben bisher immer privat, die Kosten bei Entlassungen mussten aber vom Staat übernommen werden», sagte Hanspeter Uster dazu.

Weiter will man sich dafür einsetzen, dass der Kanton Beschäftigungsprogramme anbietet. Nochmals Uster: «Jetzt ist es an der Zeit, dass Regierung und Kanton einen Impuls geben, auch wenn das etwas kostet. Letztlich kostet es weniger, als wenn die Fürsorge und Sozialhilfe später bezahlen muss.» Die über 100 Anwesenden, die meisten unter ihnen waren italienische Frauen und Männer, nickten hoffnungsvoll und bangen nun, ob ihre Sorgen im 8. Stock des L & G-Verwaltungsgebäudes gehört werden.

■ *Markus Baumgartner*

Gewerkschaft

Demo gegen L&G-Spitze

ba. Noch vor der offiziellen Bekanntgabe der neusten Massnahmen und Entlassungen bei der Landis & Gyr rief der Gewerkschaftsbund gestern zu einer Aussprache. Das Echo war gross, der Saal des Restaurants Bären war zum Bersten voll. Es ging darum, weitere Entlassungen zu verhindern. «Die Arbeitslosigkeit ist schon jetzt politisch und wirtschaftlich das Problem Nummer eins im Kanton. Entlässt nun die L & G weitere Leute, verschärft sich dieses Problem weiter», äusserte sich Hanspeter Uster. Sein Regierungsratskollege Urs Birchler doppelte nach: «Wir müssen zusammenstehen und die L & G zwingen, nicht vorschnell zu handeln.»

16. Okt. 1992

Wie weiter bei der L & G? Der Kurs heisst Entlassungen. Bild Patrik Pauli

«Geht endlich auf die Strasse!»

Zug – pic. Wenig Hoffnungen auf eine Zukunft ohne Entlassungen bei der L&G hinterliess die «Aussprache», zu der sich gestern abend rund 200 Zuger Gewerkschafter versammelt haben. Vertreter der Zuger Regierung kritisierten das «übereilte Verhalten» des L&G-Managements unter Stephan Schmidheiny sowie die ungewisse Information gegenüber der Regierung.

Gewerkschafter forderten Kampfmassnahmen, und der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeitnehmer-Verband (Smuv) will eine Demonstration organisieren, sobald die befürchteten weiteren 500 Entlassungen ausgesprochen würden. «Wir wollen zeigen, dass wir keine Maschinen sind, dass man mit uns nicht machen kann, was man will», bestätigte der Zuger Smuv-Präsident, Bruno Bollinger, die Haltung der Versammelten. Schmidheiny, so Bollinger, soll sein «Bewusstsein in ökologischer Hinsicht» auch in «sozialen Fragen» beweisen.

Kritik wurde verschiedentlich auch gegen den Kanton und den Kantonsrat geäussert, der gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose politisiert hat. **Seite 13**

16. Okt. 1992

27

Kritik am Kurs der L&G-Manager

Smuv droht mit Demonstration – Information der Gewerkschafter

Der Wille zur Solidarität mit zukünftigen Management-Opfern und die Androhung von Kampfmassnahmen wie einer Demonstration bei weiteren Entlassungen: Das ist das Fazit einer Gewerkschafter-Aussprache, die wenig Hoffnung auf einen Kurswechsel in der L&G-Führung zuliess. Zwei Vertreter der Zuger Regierung wollen in der nächsten Woche gegen die befürchtete Entlassung von weiteren rund 500 Arbeitskräften intervenieren.

pic. Deutlich wandten sich gestern abend die Regierungsräte Hanspeter Uster und Urs Birchler gegen den von der L&G-Führung eingeschlagenen Kurs. Birchler sprach von einem klaren «Management-Fehler», innert kurzer Zeit vorerst Strukturen für eine grössere L&G erarbeiten und dann auf Redimensionierung hin arbeiten zu wollen. Zumal, so Birchler, diese Kurswechsel finanzielle Auswirkungen hätten, die schliesslich von den Arbeitnehmern zu tragen seien.

Uster will sich bei Stephan Schmidheiny dafür einsetzen, dass dieser «hier keinen Kahlschlag gegenüber Bäumen, die hier gewachsen sind, verübt».

Bislang sei der Regierung, so Birchler, derselbe Wein eingeschenkt worden wie den Angestellten. Beim letzten alljährlichen Treffen Anfang Juni seien der Regierung zwar Kalkulationen mit der Zählerherstellung vorgelegt worden, konkret sei über eine Produktionsverlegung aber kein Wort gesagt worden. Polizeidirektor Uster forderte deshalb Klarheit und meinte, die Regierung werde sich dagegen wehren, dass die «Gewinne immer in die Kasse der Besitzer flossen, die durch Kündigung entstehenden Kosten aber vom Staat getragen werden müssen».

Wenig Hoffnung machte der frühere Präsident der Smuv-Vertretung in der L&G, Hans Eberli, den rund 200 Versammelten. Eberli sprach von einem neuen Managment-Kurs, der «Millionenzahlen sehen will», und dadurch zur «Liquidation von Personal» gezwungen sei. Die Vergabe von weiteren Produktionsschritten an billiger produzierende Firmen, seien im bloss gewinnorientierten Management Schmidheinys absehbar. Die Stärke der vorwiegend ausländischen Arbeitnehmer läge nun darin, sich weiterzubilden, sich «möglichst flexibel» dem Gegebenen anzupassen.

Sowohl der italienische Smuv-Arbeitervertreter Pietro Panico als auch Regierungsrat Uster und Hans Eberli kritisierten scharf die Haltung des Kantons, keine Arbeitsplätze für die Arbeitslosen schaffen zu wollen. Beschäftigungsprogramme – wie sie Luzern laut Panico für 4000 Arbeitslose schaffen will – kosten, auch «wenn sie etwas kosten», so Uster, «den Staat dennoch weniger als viele Arbeitslose».

cmv fordert Massnahmen

ZZ. Die Christliche Gewerkschaft für Industrie, Handel und Gewerbe (cmv/fcom) hat beim Erscheinen der ersten Medienmeldungen über den weiteren Stellenabbau der Landis & Gyr Zug umgehend eine Aussprache mit der Konzernleitung gefordert.

Von der Ende nächster Woche bevorstehenden Aussprache und Information erwarte der cmv/fcom «nicht nur die Zusicherung für die Schaffung eines umfassenden, der heutigen Situation angepassten Sozialplanes, sondern klare Konzepte und Vorgehensschritte über die zukünftige Entwicklung des Arbeitsplatzes Zug und dessen Sicherung», wie der cmv/fcom in einer Pressemitteilung verlautet.

Der cmv/fcom fordert von der Firmenleitung Massnahmen zu Motivation der Arbeitnehmer und der daraus resultierenden Innovation. Sie müssten wieder «den Glauben an die Zukunft der Landis & Gyr Zug zurückgewinnen».

Wie weit die Landis & Gyr bereit sei, die Öffentlichkeit zu informieren, werde sich an der Podiumsdiskussion vom 21. Oktober (20 Uhr) im Pfarreiheim Guthirt Zug zeigen.

16. Okt. 1992

27

Landis & Gyr

Zug wehrt sich für Arbeitsplätze

Die Situation ist eigentlich pervers: Da setzt sich Stephan Schmidheiny, Besitzer der Landis & Gyr und reichster Schweizer Unternehmer, im fernen Südamerika gegen das Abholzen des tropischen Regenwaldes ein. Was mit den «verwurzelten Menschenbäumen» (Zitat von Regierungsrat Hanspeter Uster) im nahen Kanton Zug geht, interessiert ihn aber nicht. Schmidheiny ist trotz ökologischer Gedanken der Gewinn wichtiger als die Menschen. Gegen dieses Denken wird in Zug nun Opposition gemacht. «Kommt es zum angedrohten Abbau von 500 Arbeitsstellen, so planen wir eine Demonstration», sagte gestern abend Gewerkschaftspräsident Bruno Bollinger. Er wurde im gerammelt vollen «Bären»-Saal aus über 100 Kehlen lauthals unterstützt. Ziel der Versammlung und der weiteren Aktivitäten ist es, Entlassungen zu verhindern. Bollinger: «Die L&G-Spitze soll die geplanten Massnahmen nochmals überdenken.» Zusicherungen erhielt Bollinger von den anwesenden Regierungsräten Urs Birchler (SP) und Hanspeter Uster (SGA) sowie von weiteren Kantons- und Gemeinderäten.

Demos und Interventionen

Neben einer möglichen Demo plant die Opposition weitere Massnahmen. Zurzeit werden bei prominenten Zugerinnen und Zugern Unterschriften für einen offenen Brief an Stephan Schmidheiny gesammelt. Schmidheiny soll sich nicht nur für Ökologie, sondern auch für soziale Fragen einsetzen. Die beiden erwähnten Regierungsräte wollen sich dafür einsetzen, dass der Gesamtregierungsrat noch vor der am 23. Oktober anberaumten Pressekonferenz bei der L&G-Spitze interveniert. «Die Gewinne der Landis & Gyr blieben bisher immer privat, die Kosten bei Entlassungen mussten aber vom Staat übernommen werden», sagte Hanspeter Uster dazu.

Weiter will man sich dafür einsetzen, dass der Kanton Beschäftigungsprogramme anbietet. Nochmals Uster: «Jetzt ist es an der Zeit, dass Regierung und Kanton einen Impuls geben, auch wenn das etwas kostet. Letztlich kostet es weniger, als wenn die Fürsorge und Sozialhilfe später bezahlen müssen.» Die über 100 Anwesenden, die meisten unter ihnen waren italienische Frauen und Männer, nickten hoffnungsvoll und bangen nun, ob ihre Sorgen im achten Stock des L&G-Verwaltungsgebäudes gehört werden.

■ *Markus Baumgartner*

Gewerkschaftsbund
des Kantons Zug (GBZ)
Neugasse 7

6300 Z u g

16.Oktober 1992

Herrn
Stephan Schmidheiny
Unotec Holding
Hurdnerstr. 10

8640 Hurden

Sehr geehrter Herr Schmidheiny

In der Beilage senden wir Ihnen einen offenen Brief betreffend Massenentlassungen in der Landis & Gyr, der von einige Zuger Persönlichkeiten unterschrieben worden ist. Wir bitten Sie, die darin formulierten Anliegen ernst zu nehmen.

In Erwartung einer positiven Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüssen

Bruno Bollinger

Hanspeter Uster

Zuger Nachrichten 17.10.92

ANZEIGE

Massenentlassungen bei Landis & Gyr Zug

Offener Brief an den Landis & Gyr-Hauptaktionär Stephan Schmidheiny

NACH DEM ÖKOLOGISCHEN IST JETZT IHR SOZIALES GEWISSEN GEFRAGT!

Sehr geehrter Herr Schmidheiny

Mit grossem Respekt haben wir Ihre langjährigen Bemühungen zur Ökologisierung der Wirtschaft verfolgt, die in Ihrem Engagement am «Umwelt-Gipfel» in Rio und im Buch-Bestseller «Kurswechsel» ihren Höhepunkt fanden. Wir sind überzeugt, dass sich Ihre ökologischen Bemühungen im Rückblick als historische Tat in der internationalen Wirtschaftspolitik erweisen werden und danken Ihnen dafür.

Angesichts der angekündigten Massenentlassungen bei Landis & Gyr erwarten wir von Ihnen jetzt den Tatbeweis Ihres sozialen Gewissens:

Als Hauptaktionär der Landis & Gyr sind Sie hauptverantwortlich für die angekündigten Entlassungen, die den Rahmen von Management-Entscheiden sprengen. Die Entlassungen werden bei mehreren hundert Direktbetroffenen zu psychischen und materiellen Problemen führen und die öffentliche Hand stark belasten. Diese schwerwiegenden Auswirkungen müssen Sie mit Ihrem sozialen Gewissen verantworten können.

Die von Ihnen eingesetzte Leitung der Landis & Gyr beteuert, dass die Entlassungen nicht aus kurzfristigen Renditegründen, sondern im Interesse der langfristigen Prosperität der Landis & Gyr erfolgen.

Von Ihnen vermissen wir jedoch eine klare Stellungnahme, die deutlich macht, dass Sie sich bei den Entlassungen Ihrer sozialen Verantwortung als Unternehmer gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Allgemeinheit und der öffentlichen Hand bewusst sind. Diese soziale Verantwortung ist in Rezessionszeiten wichtiger denn je.

Wir glauben auch, dass Sie die Landis & Gyr-Mehrheit vom früheren L & G-Mitbesitzer Andreas C. Brunner nur erwerben konnten, weil er Ihnen unter anderem auch zutraute, die Firma mit sozialem Verantwortungsgefühl wieder auf Erfolgskurs zu führen.

Dass Landis & Gyr früher ein anerkannt sozialer Arbeitgeber war, musste Ihnen bei der Firmenübernahme bekannt sein. Diese ehrenwerte Tradition eines Familienunternehmens weiterzuführen gehörte zu den besonderen unternehmerischen Leistungen, die man von Ihnen erwartete.

In der heutigen Krisensituation erwarten wir, dass Sie nun Ihre soziale Verantwortung wahrnehmen:

– Wir ersuchen Sie, für die Entlassenen einen Sozialplan aufzustellen, der den üblichen Rahmen sprengt und für andere Schweizer Firmen als Modellfall gelten kann. Insbesondere erwarten wir ein grosszügiges, wegweisendes Modell der Frühpensionierung.

– Die Verantwortung für die Entlassenen sollte nicht allein auf den Staat und die Gewerkschaften abgeschoben werden: Als sozial denkender Unternehmer sollten Sie sich für jede(n) einzelne(n) Entlassene(n) solange verantwortlich fühlen, bis diese(r) wieder eine sinnvolle Beschäftigung gefunden hat. Lassen Sie den Direktbetroffenen mit Out-Placement, konkreter Hilfe bei der Stellensuche und -bewerbung, L & G-internen Übergangsbeschäftigungsprogrammen etc. aktiv helfen. Die Betroffenen sind nicht nur blosse Arbeitskräfte, sondern Menschen, die mit ihren Familien um ihre Existenz bangen.

Selbstverständlich ist dieses soziale Engagement nicht kostenfrei. Aber wieso sind nötige «Verluste» aus sozialen Gründen eigentlich nicht ebenso selbstverständlich wie Gewinne aus wirtschaftlichen Gründen?

Ihre bisherige unternehmerische Laufbahn, sehr geehrter Herr Schmidheiny, war erfrischend frei von Konventionen. Schon früh haben Sie vor allem in ökologischen Fragen tatkräftig bewiesen, dass neue, unkonventionelle Lösungen machbar und auch wirtschaftlich tragbar sind.

Wir appellieren an Sie: beschreiten Sie nun aus Anlass der tragischen Situation bei Landis & Gyr auch in sozialen Fragen neue unternehmerische Wege. Der Dank der Direktbetroffenen und der Öffentlichkeit ist Ihnen gewiss.

Urs Birchler, Regierungsrat, Hünenberg;
Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ);
Daniel Brunner, Gemeinderat, Präsident SGA Stadt Zug;
Joseph Bürgler und Christine Hausherr-Lustenberger, Präsidium Gleis 3, Risch;
Annelis Gerber-Halter, Präsidium der Frischen Brise, Steinhausen;
Armin Jans, Kantonsrat, SP-Fraktionschef, Präsident Zuger Mieterverband;
Toni Kleimann, Kantonsrat, Fraktionschef der Alternativen Fraktion (SGA, Frische Brise, Gleis 3);
Jo Lang, Gemeinderat, Präsident SGA Kanton Zug;
Nick Mijnssen, Zug;
Othmar Romer, Stadtrat, Zug;
Rosemarie Rossi, Kantonsrätin, Präsidentin SP Kanton Zug;
Sybilla Schmid, Kantonsrätin, GBZ-Vorstandsmitglied, Baar;
Hanspeter Uster, Regierungsrat, Baar;
Walter Wyss, Umweltberater, Hagendorn.

Dieses Inserat wird durch Spendengelder finanziert (Bruno Bollinger, PC 60-454-80 – 7; Vermerk «Brief Schmidheiny»).

Appell an Schmidheinys soziales Gewissen

Gewerkschaftsbund-Brief zu LG-Entlassungen

Zug – Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) appelliert in einem offenen Brief an das soziale Gewissen des Landis & Gyr-Hauptaktionärs Stephan Schmidheiny. Die Gewerkschaft reagiert damit auf die angekündigten Massenentlassungen bei der Zuger Firma.

rs. Die Unterzeichner des Briefes, neben Gewerkschaftsfunktionären und den beiden Zuger Regierungsräten Hanspeter Uster und Urs Birchler zwölf weitere Politker aus dem linken und alternativen Spektrum, sprechen mit dem Schreiben den aus ihrer Sicht Hauptverantwortlichen für die angekündigten Massenentlassungen (wir berichteten) an. Aus der Sicht der Gewerkschafter und Politiker würden die Entlassungen den Rahmen von Management-Entscheiden sprengen und mehrere hundert Direktbetroffene in psychische und materielle Nöte versetzen.

Stellungnahme gefordert

Stephan Schmidheiny wird aufgefordert, klar zu den Vorhaben Stellung zu nehmen. Den Appell an das soziale Gewissen verbinden die Briefschreiber mit den Umständen, unter denen Schmidheiny die LG-Zug hatte erwerben können; dies, so heisst es im Brief, sei nur möglich gewesen, weil der frühere LG-Mitbesitzer, Andreas C. Brunner, Schmidheiny zugetraut habe, «die Firma nicht mit der Brechstange, sondern mit sozialem Verantwortungsgefühl wieder auf Erfolgskurs zu führen».

Konkrete Forderungen werden weiter erhoben. So soll Schmidheiny für die Ausarbeitung eines Sozialplanes, der den üblichen Rahmen sprengt und für andere Schweizer Firmen als Modellfall gelten kann, besorgt sein. Auch wird vom Unternehmer erwartet, die Verantwortung für die Entlassung nicht einfach auf den Staat und die Gewerkschaften abzuschieben.

Unkonventionelles Verhalten

Schliesslich werden die ökologischen Verdienste Schmidheinys zitiert, mit denen er sich einen Namen gemacht hat. Die Gewerkschafter meinen nun, dass auch in dieser Frage von Schmidheiny ein ähnlich unkonventionelles Verhalten im Sinne einer Linderung der sozialen Problematik zu erwarten sei.

Die Gewerkschafter appellieren an Schmidheiny, er solle «aus Anlass der tragischen Situation bei Landis & Gyr auch in sozialen Fragen neue unternehmerische Wege beschreiten».

77 17. Okt. 1992